



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 21 -

Kiel, 13. Februar 2014
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

*56. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 12. Februar 2014,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:10 Uhr

Der Ausschuss führte auf der Grundlage des **Berichts des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2011 bis 2012**, [Drucksache 18/1035](#), ein Gespräch mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung.

Er nahm außerdem **Berichte der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa zum Justiz-IT-Gesetz** auf Antrag des Abg. Dr. Breyer, [Umdruck 18/2305](#), und **über die durchschnittliche Verfahrensdauer bei Gewaltdelikten gegen Polizeibeamte** auf Antrag des Abg. Kubicki, [Umdruck 18/2383](#), entgegen. Hieran schlossen sich jeweils Aussprachen an.

Der Ausschuss setzte nach einer Einführung durch die Ministerin für Justiz, Kultur und Europa seine Beratungen zu den Vorlagen „**Länderkompetenzen stärken - Neue Formen staatsanwaltschaftlicher Organisation ermöglichen**“, Antrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/1422](#), und dem dazu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1515](#), fort. Die Ausschussmitglieder kamen überein, zum Antrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/1422](#), und zum ersten Teil des Änderungsantrags der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1515](#), sowie zu den dazu noch von den Fraktionen einzureichenden Fragen eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, ihre Anzuhörenden und ihre Fragen innerhalb von 14 Tage bei der Geschäftsführung des Ausschusses einzureichen.

Außerdem beschäftigten sich die Ausschussmitglieder auf der Grundlage des Schreibens des Petitionsausschusses, [Umdruck 18/2341](#), mit der Thematik **Wahlsichtwerbung von politischen Parteien im öffentlichen Verkehrsraum**. Die Beratung soll mit einem Gespräch mit Vertretern der Kommunalen Landesverbände, der Landeswahlleiterin und des Innenministeriums in einer der nächsten Sitzungen fortgesetzt werden.

Folgende Punkte wurden von der Tagesordnung abgesetzt:

- **Betriebliche Wiedereingliederung stärken! Durchführung einer Evaluation zum betrieblichen Eingliederungsmanagement in der Landesverwaltung**

Antrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/584](#)

- **Offenlegung von „Gesetzgebungs-Outsourcing“**

Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/897](#)

Am Rande der Sitzung legten die Sprecher der Fraktionen den Kreis der Anzuhörenden für die mündliche Anhörung des Ausschusses am 12. März 2014 zum **Jugendarrestvollzugsgesetz**, [Drucksache 18/891](#), fest.

Schluss: 17:20 Uhr

gez. Dörte Schönfelder